Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 96 (2002)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Zeit-Schriften : Sicherheit statt Gerechtigkeit?
Autor: Steiger, Hans

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Steiger

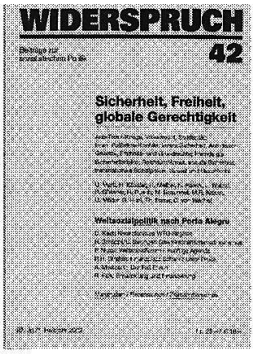
Sicherheit statt Gerechtigkeit?

Der heutige Zustand ungleicher Verteilung von Macht, Rechten und Chancen sei «ohne einschneidende ökonomische Regulierung und eine Neudefinition der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel» kaum überwindbar, stellt Urs Marti im ersten Beitrag des neuen «Widerspruch»-Heftes fest. Ohne mehr Gerechtigkeit wiederum ist die Verschärfung der Konflikte unausweichlich. «Zu ihrer Entschärfung könnte eine Weltöffentlichkeit beitragen, die der vernünftigen Auseinandersetzung zwischen Gleichberechtigten ein Forum verschafft.» Doch der 11. September 2001 verstärkte beim privilegierten Teil der Weltbevölkerung die Neigung, das Engagement für Gerechtigkeit durch den Krieg gegen «das Böse» zu ersetzen. Ein offener Brief, mit dem sechzig namhafte amerikanische Intellektuelle im Februar zur Unterstützung des «gerechten Krieges» warben, den die USA «im Namen der universalen menschlichen Moral» führe, erschreckte durch Unterschriften vieler, die bisher für eine Suche nach globalen Alternativen offen schienen. Wenige wagten es, sich öffentlich gegen diesen Aufruf zu stellen. Was aus dem Ausland kam, wurde rasch als «Antiamerikanismus» abqualifiziert. «Das ist eine neue Stufe im beschleunigten Prozess der Militarisierung des Sicherheitsdenkens», konstatiert ein zweiter «Widerspruch»-Text. Auch die jüngste Ausgabe von «Das Argument» könnte als Argumentationshilfe in einer Debatte dienen, welche Linke hierzulande offensichtlich nicht minder verunsichert als anderswo. *H.St.*

Folge des 11. September 2001?

«Law and order sind, wie Blair richtig sagt, auch sozialdemokratische Werte.» So zitiert das Editorial der halbjährlich in Zürich erscheinenden «Beiträge zur sozialistischen Politik» den deutschen Innenminister *Otto Schily*. Gleich mehrere Artikel der jüngsten Ausgabe analysieren den «Aufrüstungs- und Kriminalisierungsschub in der Festung Europa». Dabei wird der Blick ausgeweitet auf eine von den USA militärisch jetzt total dominierte Welt und zugespitzt auf die Schweiz. Überall dienen die Anschläge vom 11. September 2001 «als Pauschallegitimation für alle nur erdenklichen Verschärfungen». Hier aber wird die wachsende Sorge um unsere Sicherheit und Freiheit in den *Zusammenhang globaler Gerechtigkeit* gestellt.

Die alte Rhetorik der *«internationalen Solidariät»*, soweit sie von Bewegungen oder Staaten überhaupt noch gepflegt wird, bewirkt im neuen Umfeld wenig. Politisch greift sie allenfalls noch in Europa. *Michael R. Krätke* verweist auf eine breit getragene *Wohlfahrtsstaatstradition*. Aufwendungen für weltweite *Entwicklungszusammenarbeit* dagegen schrumpfen, obwohl der Nord-Süd-Graben wächst. Offensichtlich «ist die wachsende Armutsbevölkerung in Innen- oder Randstädten und auf dem Land für Europäer und Nordamerikaner weit wichtiger als das übrige Elend in der Welt». Hier empfinden wir die Bedrohung, hier glauben wir Mittel und Wege zu kennen. «Wir haben zwar Kataloge von Rechten, auch sozialen Rechten, die wir als universell gültig verkündet haben.» Doch der UNO und ihren Unterorganisationen, die so etwas wie inter-



Widerspruch 42: Sicherheit, Freiheit, globale Gerechtigkeit. *Mit einem Dossier zur Weltsozialpolitik nach Porto Alegre. Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich, 212 Seiten, Fr. 25.–. www.widerspruch.ch*

nationale Solidarität organisieren könnten, werden Macht und Mittel entzogen. Dabei spräche bei realistischer Betrachtung der Ursachen allgemeiner Unsicherheit viel «für diese radikalere Alternative, die so gar nicht zum Zeitgeist passt».

Theresa Furrer, Soziologin aus Winterthur, wendet sich entschieden dagegen, das «Unsicherheitszeitalter» pauschal mit jenem 11. September zu verknüpfen. Da werde an einem Mythos gebastelt. Beim menschlichen Sicherheitsbedürfnis stehe die *soziale Lebenssicherung* im Vordergrund, «mit Attributen wie Eigentum, Wohlfahrt, Ruhe, Frieden». Zusätzlich kam in den 1970er und 1980er Jahren als Folge ökologischer Katastrophen eine *technologische Risikodebatte* auf. Mitte der 1990er Jahre begann das Konzept der *«Inneren Sicherheit»* den Diskurs zu überlagern. Nun wird gegen innen geeint und gegen aussen abgegrenzt, wird «Migration als Ursache und Arbeitslosigkeit als Wirkung betrachtet». So erhält «der drohende Schatten ein Gesicht – und zwar ein fremdländisches». Mit den Terroranschlägen in den USA wurde diese Entwicklung keineswegs eingeleitet, aber verstärkt.

Grundwerte, Weltsozialpolitik

In dieser Situation scheint eine *linke Debatte* über Grundwerte, wie sie *Gregor Husi* zum Thema hat, dringend. Zumindest wären in der nun geführten Diskussion über Sicherheit bei der SP auch «alt-sozialdemokratische Werte» wie Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung, Wohlstand oder Menschenwürde, Freiheit, Partizipation – der Autor zitiert sie von *Ursula Koch* und *Willy Spieler* – einzubeziehen und neu zu definieren. Oder ist das nutzlos? Es vergrössert sich ja die Kluft von *Arm und Reich* weiter, obwohl Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht bloss von kritischen Kräften beschworen werden. Belegt dies nicht, «dass Werte in Wirtschaft und Politik trotz einer Ethikkonjunktur kein taugliches Mittel darstellen, um eben diese Wirklichkeit zu verändern?» Verzicht auf grundsätzliche Auseinandersetzungen ist darauf keine Antwort. Präzisierung, wertorientierte Konzepte wären nötig. «Werte sind auch in politisches Alltagsgeschäft übersetzbar.» An ihnen würden gerade bei der Sicherheitspolitik die Differenzen sichtbar.

In welcher Richtung linke Alternativen zu suchen sind, markiert das Dossier über die *«Weltsozialpolitik nach Porto Alegre»* im zweiten Teil des Heftes. Ein ökonomisch fundiertes Grundsatzreferat von dort macht den Anfang. Danach bewerten mehrere Teilnehmer aus der Schweiz das Treffen der Anti-Globalisierungs-Bewegung, einer Bewegung für eine *andere Globalisierung* eigentlich, für eine andere Welt. *Hans Schäppi* und *Urs Sekinger* erlebten die Gegenveranstaltung zum WEF als «Lernfeld für den Kampf um globale Gerechtigkeit» und grosse Herausforderung: «Das brutale Gesicht des neoliberalen Kapitalismus, das sich vor allem in südlichen Ländern zeigt, muss konsequenterweise zu einem radikalen Umdenken bisheriger Positionen in den Gewerkschaften führen.» *Peter Niggli* taxiert als Stärke, «dass die Alternative, welche das Forum behandelt, nicht im Singular, sondern im Plural daherkommt». *Rudolf H. Strahm* liefert ein eher peinliches Exempel, wie sich grundsätzliche Forderungen zur üblichen Politkosmetik umbiegen lassen. Folgenabschätzung, flankierende Massnahmen ...

Woher kommt die Gewalt?

Zwischen den mehr oder weniger an der Aktualität orientierten Beiträgen steht – wie ein erratischer Block – der Text über *«Gewalt und Geschlecht»,* den *Claudia von Werlhof* vor dem 11. September 2001 schrieb. «Globalisierung als Krieg stellt alles in den Schatten, was historisch bisher der Fall war.» Sie sei im Kern, wie die Gewalt allgemein, eine Männer-

domäne. Frauenforschung habe aufzuzeigen versucht, dass und warum das so sei. Nun könne Frauenpolitik nicht wollen, Frauen an all dem «gleichberechtigt zu beteiligen». Ziel müsste sein, «die Männer endlich vom Töten wegzubringen». Ein wichtiger Zwischenruf gegen den modischen Gender-Mainstream! Neben «die Tatsache der Existenz von Gewalt, Patriarchat, Naturzerstörung» stellt die Autorin «die Möglichkeit, diese auch wieder zu beenden.» Ihr stehe der akzeptierte Aberglaube im Weg, «dass eine schöne Neue Welt kommen wird, weil der technische Fortschritt sie uns demnächst beschert. Daher wird nicht erkannt, was zu sehen ist, dass nämlich ausser Zerstörung überhaupt nichts sein wird.» Weltweit hätten vorab Frauen diese Lektion verstanden und im *Ökofeminismus* auch Konsequenzen formuliert. Anders als die Männer fühlten sich Frauen oft schuldig, «etwas unterlassen zu haben», der Gewalt nichts entgegengesetzt, ihre Kinder und ihre Kultur nicht geschützt zu haben, weil sie «dazu zu schwach, zu unentschlossen, zu ohnmächtig, zu korrupt, zu verdummt oder zu mutlos waren. Das zeigt einen Weg auf.»

Im Krieg «gegen Unbekannt»

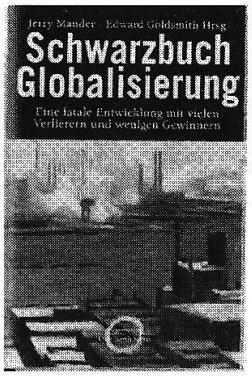
Auch im neuen «Argument» wird das Terrain nach dem 11. September 2001 gesichtet. Ausgehend von Tagebuchnotizen aus New York, welche *Robert Cohen* beisteuert, und mit zunehmender Distanz auf die Folgen gerichtet. Herausgeber *Wolfgang Fritz Haug* erinnert in Heft 244 der kritischen Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft daran, dass *Marcos* als Sprecher der Zapatistas schon 1997 vom *Vierten Weltkrieg* schrieb, einem «wahrhaft planetarischen Krieg», den der Neoliberalismus «gegen die ganze Menschheit» führe. Dieser habe damals «die militärisch gerahmte stumme Gewalt des entfesselten Marktes» gemeint. Inzwischen bestimmt der militärische das Geschehen, ein neuer Krieg «gegen Unbekannt», geführt ohne definiertes Ziel. Das weckt Misstrauen gegen alle offiziellen Verlautbarungen. «Nicht gut und böse muss man in solchen Situationen zunächst auseinandersortieren, sondern Tatsachen, Lügen und Halbwahrheiten.» In einem Beitrag «zur Kritik der Anti-Terror-Gesetze» in *Deutschland*, den *Sonja Buckel* und *John Kannankulam* beisteuern, wird ein möglicher Hintergrund der neu ins Zentrum gerückten Staatsaufgabe skizziert: Die *repressive Sicherheit* soll, wenn auch eher symbolisch, eine *erodierende soziale Sicherheit* kompensieren. Politisch störende Elemente geraten mit den «Faulen» und «Ausländern» ins Visier. *Anpassung* ist angezeigt. Wer sich nichts zuschulden kommen lässt, hat nichts zu verbergen und bekommt ein Anrecht auf materiellen Wohlstand. In einem vom *Rechtspopulismus* angeheizten Klima kann die neue Ordnungspolitik «im nationalen Wettbewerbsstaat mit seiner Melange aus Neoliberalismus, Restbeständen des sozialdemokratischen Staatsinterventionismus und Zerfallsprodukten der 68er Bewegung» im Konsens durchgesetzt werden.

Weiter wartet das Heft mit einer rechten Portion linker Polemik auf, zumal gegen *Robert Kurz* und dessen «Endzeitprophetie». Mit einer Replik von *Elisabeth List* wird auch die Debatte zur «Geburt des Biokapitalismus» fortgesetzt, welche Ende des letzten Jahres das zentrale Thema in «Argument 242» war. Dieses könnte auch in der Schweiz dazu dienen, sich mit Blick auf die Auseinandersetzung um *Gentech-Gesetz* und *Stammzellen-Importe* über politökonomische Zusammenhänge und Hintergründe zu informieren. Noch sind ja die Produkte der jüngsten Technologie nicht in den Werbemarkt integriert. Doch diesem tut sich ein weites Feld auf; immer ist «der eigene Körper zu wenig, zu gross, zu klein, nicht gesund genug». Und die nächste Drehung der Spirale zeichnet sich schon ab: die Vision des *Klonens*. «Der

Das Argument 244: Weltkrieg gegen den Terror?
Argument-Verlag, Hamburg, 150 Seiten. Argument 242: Geburt des Biokapitalismus. 2001, 329 Seiten. www.argument.de

fanatische Wunsch nach Unsterblichkeit» bekommt neue Nahrung. Während im 19. Jahrhundert die Lehren des Sozialdarwinismus und der Eugenik zur wissenschaftlichen Verschleierung gesellschaftlicher Ungleichheit dienten, scheint heute für viele «die Identität der Individuen in ihren Genen zu liegen». Hauptanliegen des mit 329 Seiten besonders umfang- und aufschlussreichen Sonderheftes war, diesem genetischen Determinismus und Reduktionismus entgegenzutreten. •

***Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern.* Herausgegeben von Jerry Mander und Edward Goldsmith. Rieman, München 2002, 523 Seiten, 42 Franken.**



Genug von der Globalisierung, vom Lesen darüber? Das jetzt auch in deutscher Sprache vorliegende «Schwarzbuch Globalisierung» von *Jerry Mander* und *Edward Goldsmith* lohnt den Aufwand. Es ist nicht nur eine *vielseitige Bestandsaufnahme,* es hat auch *Lichtblicke* zu bieten. Im letzten Teil des Buches wird die schwierigste Frage gestellt: «Wenn wir so nicht weitermachen können, wie dann?» Mander fasst die dort skizzierten Antworten in seiner Einführung mit der Feststellung zusammen, wir sollten «vielleicht einfach anhalten und die Richtung wechseln». Gewählt hätten wir den heute von Politik und Wirtschaft verfolgten Kurs ja nie: «Der demokratische Prozess wurde ganz offensichtlich umgangen, um die Instrumente der Globalisierung zu schaffen.» Ausgerechnet die westlichen Demokratien waren dabei führend und zwangen kleine, widerspenstige Staaten mit ökonomischer und militärischer Macht in ein Experiment, das offensichtlich «nicht im Interesse des Planeten und seiner Bewohner» liegt.

Kompetente und prominente Autorinnen und Autoren belegen dies Kapitel um Kapitel: *Walden Bello* etwa zeigt die verheerenden Konsequenzen der *Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank,* Goldsmith beschreibt die *Freihandelszonen der globalisierten Wirtschaft als Brutstätten der Ausbeutung,* gleich mehrere Beiträge gehen den *ökologischen Kosten der Fehlentwicklung* nach. *Vandana Shiva,* die indische Kämpferin gegen das Biotech-Diktat der Multis, und Alternativnobelpreisträger *José Lutzenberger* beleuchten «die selbstmörderische Sinnlosigkeit der modernen Landwirtschaft». Der heute in der Umweltbewegung aktive Agrarwissenschaftler erlebte deren Rücksichtslosigkeit in Brasilien als Mitarbeiter eines Chemiekonzerns. Später lernte er auf vier Kontinenten verschiedenste Bauern- und Agrarkulturen kennen, deren Flächenertrag mit traditioneller Produktion effizienter war als bei Anwendung der durch die Agrarindustrie geprägten Methoden. «Aus ökologischer und auch rein menschlich-sozialer Sicht ist, was man heute weltweit sehen kann, zum Verzweifeln.» Nur die Logik der Monokultur für den Weltmarkt zählt. An einfachen Lösungen, die dezentral zu realisieren wären, sind die Konzerne und ihre Forschungsabteilungen nicht interessiert.

De-Globalisierung wäre allgemein die Gegenparole. Mehr *erneuerbare Energie* zum Beispiel fördert die Regionalisierung wirtschaftlicher Strukturen. *Hermann Scheer* erinnert daran: «Mehr als die Hälfte der 100 grössten Unternehmen der Weltwirtschaft ist überwiegend oder mit grossen Anteilen im fossilen Ressourcengeschäft tätig.» Mit dem Umsteigen bauen wir ihnen gegenüber Abhängigkeit ab. *Naomi Klein* übernimmt das Bild einer in mehreren Widerstandsnetzen aktiven kanadischen Kollegin: «Wir stehen vor einem Felsblock, den wir nicht entfernen können, also versuchen wir unten durch, um ihn herum oder oben drüber zu kommen.» Dass die junge Bewegung keines der rundum angebotenen Programme übernimmt «und lieber wartet, bis sie durch ein hinreichend demokratisches und repräsentatives Verfahren die nächste Stufe ihres Widerstands erreicht», scheint der Autorin ein grosses Verdienst. Wahrscheinlich erwachse daraus kein Bau-